



Einzureichen an:

Investitionsbank Sachsen-Anhalt  
Regionalentwicklung /  
Gesundheit, Sport und Kultur  
Domplatz 12  
39104 Magdeburg



**Wir haben zur Förderung von kommunalen Sportstätten einen Antrag beim Landesverwaltungsamt bzw. Land Sachsen-Anhalt gestellt und reichen hiermit den erforderlichen Ergänzungsantrag für die Gewährung eines Zuschusses aus dem Programm**

## **Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des kommunalen Sportstättenbaus**

**gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des kommunalen Sportstättenbaus und des Vereinssportstättenbaus des Landes Sachsen-Anhalt (Erlass des Ministeriums für Inneres und Sport vom 10.01.2018) ein.**

### **1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN**

gemeinnützige GmbH

öffentliches Unternehmen

Landkreis, kreisfreie Stadt, Gemeinde,  
Verbandsgemeinden,

#### **Allgemeine Angaben**

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister)

Gründungsdatum\*

Straße, Hausnummer

Vorwahl/Rufnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

Branche/Tätigkeitsbereich\*

Landkreis/Gemeindenummer

Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)

Vorwahl/Rufnummer/Fax

E-Mail

Handelsregister-Nr. (falls vorhanden)

Registergericht (falls vorhanden)

Wirtschafts-Identifikationsnummer (§139c AO)

Vorsteuerabzugsberechtigt?

Ja

Nein

teilweise mit

%

\* nicht anzugeben bei Kommunen

### **2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN**

#### **2.1 Ort des Vorhabens** (sofern abweichend von Ziffer 1.1 dieses Antrages)

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

#### **2.2 Vorhabensbezeichnung**

Titel des Vorhabens



### 2.3 geplante zeitliche Dauer

Beginn des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

geplantes Ende des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

### 3. ERKLÄRUNG ZUR BEIHILFERELEVANZ (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- |   | ja                       | nein                     |
|---|--------------------------|--------------------------|
| <b>3.1</b> Bei der zu fördernden Sportstätte handelt es sich um Sport- und Freizeiteinrichtungen, auf denen ausschließlich Schul- und/oder Vereinssport betrieben wird und es erfolgt keine wirtschaftliche Tätigkeit durch Vermietung der Infrastruktur an Dritte gegen Entgelt. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| <b>3.2</b> Bei der zu fördernden Sportstätte handelt es sich um Sport- und Freizeiteinrichtungen mit überwiegend lokalem Einzugsgebiet, die nicht oder kaum für Kunden oder Investoren aus anderen Mitgliedstaaten von Interesse sind*.   | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

\*Hinweis: Zum Beispiel erfolgt keine fremdsprachige Bewerbung im Internetauftritt des Betreibers und keine anderweitige Werbung im Ausland

Sofern beide Fragen mit einem „nein“ beantwortet wurden bitte die Anlage „Notwendige Ergänzungen, soweit die Förderung als nach der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 von einem Genehmigungsverfahren freigestellte Beihilfe erfolgt“ und ggf. weitere Unterlagen einreichen.

### 4. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste.

### 5. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Wir erklären:

- a) Uns sind die geltende „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des kommunalen Sportstättenbaus und des Vereinssportstättenbaus (Erl. des MI vom 10.01.2018, MBI, LSA vom 05.02.2018, S. 53) in der jeweils geltenden Fassung und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass wir im Falle einer Bewilligung
  - die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) oder – sofern einschlägig – die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten haben. Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie den ANBest-P / ANBest-Gk werden anerkannt.
- b) Wir erklären, mit den Arbeiten für das Investitionsvorhaben nicht vor Antragstellung begonnen zu haben und auch nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides zu beginnen, es sei denn, wir erhalten auf Antrag eine schriftliche Genehmigung zum vorzeitigen Vorhabensbeginn. Beginn der Arbeiten für das Vorhaben ist entweder
  - a) der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages oder
  - b) der Beginn der Bauarbeiten für die Investition oder
  - c) die erste rechtsverbindliche Verpflichtung zur Bestellung von Ausrüstung oder
  - d) eine andere Verpflichtung, die die Investition unumkehrbar macht.
- b) Der früheste der vorgenannten Zeitpunkte ist maßgebend. Der Kauf von Grundstücken und Vorarbeiten wie die Einholung von Genehmigungen und die Erstellung vorläufiger Durchführbarkeitsstudien gelten nicht als Beginn der Arbeiten für das Vorhaben. Bei Baumaßnahmen gelten Planung und Bodenuntersuchung nicht als Beginn der Arbeiten. Die Einleitung eines Ausschreibungsverfahrens, Planungsarbeiten für das Vorhaben und erforderliche Gutachten zur Beurteilung der Förderfähigkeit gelten nicht als Vorhabensbeginn.
- c) Die Gesamtfinanzierung ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert.
- d) Wir sind zahlungsfähig, und gegen uns steht ein Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Wir verpflichten uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.
- e) Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- f) Wir gewährleisten eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.
- g) Wir werden das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- h) Wir bestätigen, dass nach derzeitiger Planung die zu fördernde Sportstätte für den gesamten Zeitraum der Zweckbindungsfrist zur Nutzung für die breite Öffentlichkeit zu sportlichen Zwecken gesichert ist.“
- i) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 3 des Antrages an das Landesverwaltungsamt bzw. des Landes Sachsen-Anhalt) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.
- j) (Sofern Sie unter Ziff. 3.1 und 3.2 „Nein“ angekreuzt haben): Gegen unser Unternehmen liegt keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von Deutschland gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vor, der wir nicht nachgekommen sind.

- k) Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Wir verpflichten uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- l) Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Wir verpflichten uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erklären wir uns damit einverstanden.
- m) Wir erkennen an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreien wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- n) Wir entbinden die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Wir geben hiermit unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreien wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.  Ja  Nein
- n) Uns ist bekannt, dass die IB verpflichtet ist, den Finanzbehörden bestimmte Angaben zur Förderung, insbesondere die Höhe der ab 01.01.2024 gewährten Zahlungen, gemäß § 2 der Verordnung über Mitteilungen an die Finanzbehörden durch andere Behörden und Rundfunkanstalten (Mitteilungsverordnung) vom 07.09.1993 (BGBl. I S. 1554) in der jeweiligen Fassung, zu übermitteln.
- o) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs – gilt nur bei Betrieben und Unternehmen (einschließlich öffentlicher Unternehmen):** Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1., 2.1, 2.2, 2.3, 3.1, 3.2, und 5. a), 5. b), 5. c), 5. d), 5. e), 5. f), 5. g), 5. h), 5. i), 5 j) 5. k) und 5. l), dieses Antrages und die Angaben in den gemäß zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste Ziffern 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19. 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31., 32., 33. und 34. der beizufügenden Unterlagen sowie die Angaben in der mit diesem Antrag abgegebenen KMU-Erklärung bzw. in der KMU-Erklärung vom:

Tag/Monat/Jahr

abgegeben für eine Förderung aus dem Programm

Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

## 6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

### 6.1 Publikation

Uns ist bekannt, dass unser Vorhaben mit vorhabensrelevanten Daten bei der Gewährung einer Beihilfe nach der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 gemäß Artikel 9 Absatz 1, Buchstabe a und zusätzlich bei einem Beihilfebetrug von mehr als 100.000 EUR gemäß Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 vom Land Sachsen-Anhalt veröffentlicht wird.

### 6.2 Zustimmung zur Beratung und Information

Wir möchten über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Informationszwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/Zuschuss-/Zuweisungs-) Förderung aus.

#### a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person

Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:

1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

**Zweck der Analyse der Daten zur Person:** Die IB berät, betreut und informiert uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

**Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.**

#### b) Einwilligung zur Informationsübermittlung der IB

Wir erklären uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

per Post  telefonisch  per E-Mail

### 6.3 Hinweise zur Datennutzung

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

### UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)